



## 164. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Mittwoch, 9. März 2022

<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> .....	3	Raphael Tigges (CDU) Simone Wendland (CDU)
<b>Einleitende Worte von Präsident André Kuper</b> .....	3	Britta Altenkamp (SPD) Andreas Becker (SPD) Sonja Bongers (SPD) Martin Börschel (SPD) Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD) Gabriele Hammelrath (SPD) Wolfgang Jörg (SPD) Stefan Kämmerling (SPD) Andreas Kossiski (SPD) Hannelore Kraft (SPD) Eva Lux (SPD) Dr. Dennis Maelzer (SPD) Frank Müller (SPD) Ernst-Wilhelm Rahe (SPD) Norbert Römer (SPD) Ina Spanier-Oppermann (SPD) Ellen Stock (SPD) Annette Watermann-Krass (SPD) Sebastian Watermeier (SPD) Christina Weng (SPD)
<b>1 Für Freiheit, Frieden und Demokratie – Nordrhein-Westfalen steht an der Seite der Ukraine</b>		
Unterrichtung durch die Landesregierung .....	3	
Ministerpräsident Hendrik Wüst .....	3	
Thomas Kutschaty (SPD) .....	6	
Bodo Löttgen (CDU) .....	9	
Verena Schäffer (GRÜNE) .....	11	
Christof Rasche (FDP) .....	13	
Markus Wagner (AfD) .....	16	
Minister Dr. Joachim Stamp .....	18	
<b>Entschuldigt waren:</b>		
Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen		Daniela Beihl (FDP) Christian Mangen (FDP) Franziska Müller-Rech (FDP) Dr. Werner Pfeil (FDP) Susanne Schneider (FDP)
Jörg Blöming (CDU) Florian Braun (CDU) Guido Déus (CDU) Katharina Gebauer (CDU) Daniel Hagemeier (CDU) Wilhelm Hausmann (CDU) Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) Wilhelm Korth (CDU) Bernd Krückel (CDU) Britta Oellers (CDU) Dietmar Panske (CDU) Benno Portmann (CDU) Charlotte Quik (CDU) Hendrik Schmitz (CDU) Rüdiger Scholz (CDU) Rainer Spiecker (CDU) Ulla Thönnissen (CDU)		Andreas Becker (GRÜNE) Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) Johannes Remmel (GRÜNE)  Dr. Christian Blex (AfD) Iris Dworeck-Danielowski (AfD) Uta Opelt (AfD) Thomas Röckemann (AfD)  Frank Neppe (fraktionslos)



**Beginn: 11:02 Uhr**

(Präsident André Kuper tritt an das Redepult.)

**Präsident André Kuper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 24. Februar haben Putins Truppen einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Alle Staaten Europas und nahezu alle Staaten der Welt verurteilen diesen Krieg und stehen an der Seite der unter dem Krieg leidenden Menschen.

Der Zusammenhalt der Völker der europäischen Gemeinschaft und vieler anderer Nachbarstaaten ist so stark wie lange nicht. Unser ganzer Respekt gilt den Menschen in der Ukraine, die aus Liebe zu ihrem Vaterland ihre politische Freiheit und Demokratie verteidigen, die sie erst vor einer Generation errungen haben. Sie widersetzen sich den Truppen Putins, um ihr Land zu verteidigen.

Unser besonderes Mitgefühl gilt den vielen Menschen, die Opfer des Krieges sind, die Angehörige verlieren, deren Familien durch den Krieg zerrissen sind, die Hab und Gut verloren haben, die verängstigt oder verzweifelt sind, die auf der Flucht sind.

All das sage ich mit aller Aufrichtigkeit, Sorge und Empathie gerade auch Ihnen, Frau Generalkonsulin Shum. Bitte nehmen Sie das wichtige Signal mit aus diesem Parlament: Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa sind an der Seite der Ukraine. Wir stehen zusammen für Frieden, Freiheit und Demokratie. Wir danken Ihnen, dass Sie zu uns gekommen sind.

(Langanhaltender Beifall von allen Fraktionen, der Regierungsbank und der Zuschauertribüne – Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und wenden sich der auf der Zuschauertribüne befindlichen ukrainischen Generalkonsulin zu.)

An Ihrer Seite stehen heute auch die diplomatischen Vertreter von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik. Ich begrüße stellvertretend für die Nachbarländer der Ukraine den Doyen des Konsularischen Korps, Herrn Generalkonsul Wawrzyniak, Frau Generalkonsulin Larischová und Frau Stellvertretende Generalkonsulin Horváth.

(Beifall von allen Fraktionen, der Regierungsbank und der Zuschauertribüne)

Ihre Länder übernehmen in diesen Wochen eine besondere Verantwortung. Ich bitte Sie, unseren Dank für alle Bereitschaft zur Hilfe gegenüber den Opfern dieses Krieges an die Menschen in Ihren Heimatländern weiterzuleiten.

Wir spüren diese Bereitschaft auch in unserem Land, wo Herzen und Hände geöffnet sind.

Mir ist es ganz wichtig, auch an den Mut jener Menschen zu erinnern, die in Russland alles dafür tun, die Wahrheit über diesen Krieg ans Licht zu bringen. Auch sie werden bei ihrem Leben und Leid verfolgt und bedrängt. Das russische Volk ist nicht unser Feind. Die Kriegs- und Eroberungspolitik der russischen Regierung, die völkerrechtswidrige Verfolgung der Menschenrechtler und Journalisten durch die Verantwortlichen der Regierung dort, das alles muss aufhören.

Meine Damen und Herren, der Angriff Russlands auf die Ukraine erfordert täglich neue Opfer. Ihrer wollen wir jetzt gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute von ihren Plätzen.)

Danke.

(Die Anwesenden setzen sich. – Präsident André Kuper begibt sich auf den Präsidentenplatz.)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit eröffne ich die heutige, 164. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen gratuliere ich dem Abgeordneten Kollegen Henning Höne von der Fraktion der FDP zum Geburtstag.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung erfolgte gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auf Antrag der Landesregierung.

Unser einziger Tagesordnungspunkt ist:

**1 Für Freiheit, Frieden und Demokratie – Nordrhein-Westfalen steht an der Seite der Ukraine**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 7. März mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zum Thema „Für Freiheit, Frieden und Demokratie – Nordrhein-Westfalen steht an der Seite der Ukraine“ zu unterrichten.

Die Unterrichtung durch die Landesregierung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Wüst. Ich erteile dem Ministerpräsidenten daher das Wort.

**Hendrik Wüst**<sup>\*)</sup>, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Generalkonsulin, liebe Frau Shum, Sie vertreten Ihr Land, und Sie vertreten 30.000 Ukra-

inerinnen und Ukrainer hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Sie alle bangen in diesen Tagen um Freunde, um die Familie in ihrer Heimat. Sie, liebe Frau Generalkonsulin, geben Ihren Landsleuten Ihre Stimme. Seien Sie versichert: Nordrhein-Westfalen hört Sie!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Präsident Putin führt seit dem 24. Februar einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der russische Überfall ist ein historischer Einschnitt. Er ist der Angriff auf die territoriale Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer, ein Angriff auf die Grundpfeiler der europäischen Friedensordnung und damit auch ein Angriff auf Europa und unsere Werte von Freiheit, Frieden und Demokratie.

Der Krieg bringt Tod und unermessliches Leid über die Menschen in der Ukraine. Täglich steigen die Opferzahlen. Familien werden auseinandergerissen. Frauen, Kinder und ältere Menschen werden noch auf der Flucht beschossen, Zivilisten getötet.

Die Bilder aus Kiew, Mariupol, Charkiw und anderen ukrainischen Städten machen uns zutiefst betroffen. In dieser schweren Zeit sind unsere Gedanken bei den Menschen in der Ukraine.

Die Solidarität und das Engagement der Menschen bei uns in Nordrhein-Westfalen sind beeindruckend und auch berührend. Ein starkes Zeichen war am Montag der vergangenen Woche die Friedensdemonstration in Köln mit 250.000 Menschen. Es war eine der größten Demonstrationen in der Geschichte unseres Landes.

Auch in den Tagen danach gab es – und es gibt sie auch heute wieder – viele, viele Demonstrationen für Frieden überall bei uns im Land, getragen von ganz unterschiedlichen Gruppen und mit Hunderten und Tausenden Teilnehmern. Ich könnte nicht dankbarer, nicht stolzer auf die Menschen in Nordrhein-Westfalen sein. Dieses Land hat ein großes Herz.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank – Vereinzelt Beifall von der Zuschauertribüne)

Ich bin dankbar für die Welle der Hilfsbereitschaft. Der Dank gilt den vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die mit ganz unterschiedlichen Hilfen für die Ukraine ihre Solidarität zum Ausdruck bringen. Mein Dank gilt den Hilfsorganisationen, die vom ersten Tag an den Menschen in der Ukraine zu Hilfe geeilt sind.

Gemeinsam mit unserem Innenminister Herbert Reul habe ich mich in der letzten Woche mit den Hilfsorganisationen ausgetauscht. Ich freue mich sehr, dass wir in der vergangenen Woche die Chemie- und Pharmaunternehmen unseres Landes mit action medeor zusammenbringen konnten. Action medeor

hilft seit 60 Jahren als „Notapotheke der Welt“ mit Medikamenten und medizinischem Gerät. Vor allem die Krankenhäuser in der Ukraine werden jetzt mit den dringend notwendigen Medikamenten versorgt. In diesen Stunden findet der nächste Transport statt.

Action medeor ist nur ein Beispiel für die vielen Hilfsorganisationen, die gerade alle Anstrengungen unternehmen, um das Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine zu lindern. Diese Helfer brauchen jetzt unsere Hilfe. Ich wende mich daher direkt an die Menschen in Nordrhein-Westfalen und bitte sie: Wer helfen kann, soll bitte auch weiter helfen. Bei den bekannten Hilfsorganisationen zählt jeder Cent.

Helfen wir den Helfern! Zeigen wir weiterhin Solidarität! Zeigen wir weiter Hilfsbereitschaft! Zeigen wir uns weiter von unserer besten Seite!

Frauen, Kinder, Familien sind unschuldige Opfer eines aggressiven Überfalls auf ihre Heimat – eine Heimat, die sie jetzt aus Angst um ihr Leben verlassen müssen. In der Ukraine findet eine humanitäre Katastrophe statt. Aus ihr entsteht die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir können nur erahnen, was die Menschen auf der Flucht durchmachen müssen. Aber wir können der Menschenverachtung Solidarität und Nächstenliebe entgegensetzen.

Ich war vor einigen Tagen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Unna-Massen. Ich habe die Angst in den Augen der Kinder gesehen. Krieg, Zerstörung und Flucht sind das, was die Menschen durchgemacht haben. Ruhe und Sicherheit sind das, was wir ihnen jetzt geben müssen. Als Ministerpräsident habe ich ihnen gesagt, dass wir sie nicht alleinlassen. Wer vor Putins Krieg flieht, ist bei uns in Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank – Vereinzelt Beifall von der Zuschauertribüne)

In den letzten Tagen sind schon viele Menschen aus der Ukraine zu uns gekommen, unter ihnen 21 krebskranke Kinder, die in ihrer Heimat nicht mehr medizinisch versorgt werden konnten. Sie werden jetzt bei uns behandelt.

Auch die hochschwängere Anna konnte zu uns fliehen. Sie hat am 4. März in Bad Oeynhausen ihren Sohn Daniel gesund zur Welt gebracht. Das ist eine gute Nachricht in schlimmer Zeit.

Wir stellen uns darauf ein, dass in den kommenden Wochen und Monaten noch viele Menschen aus der Ukraine zu uns kommen werden. Wir bereiten uns darauf vor. Viele Kommunen haben ohne Zögern ihre Bereitschaft erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen und ihre Aufnahmekapazitäten auszubauen.

In der vergangenen Woche habe ich gemeinsam mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Stamp

und Ministerin Scharrenbach mit den kommunalen Spitzenverbänden beraten. Ich bin den Kommunen sehr, sehr dankbar für ihre spontane Bereitschaft. Wir werden sie bei der Aufnahme der Flüchtlinge unterstützen – ohne Wenn und Aber.

Das Land selbst wird seine Kapazitäten kurzfristig auf 25.000 Plätze hochfahren. Damit wollen wir den Übergang in die Kommunen besser regeln. Eine besondere Lage braucht auch eine besondere strukturelle Antwort. Hierzu wird Minister Stamp gleich ausführen.

Wir werden das gemeinsam mit den Kommunen schaffen. Ja, es wird haken. Ja, es wird schwierig. Aber ich will in aller Klarheit sagen: Wir schaffen das!

(Beifall von der CDU, der FDP und Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Es kommt jetzt darauf an, dass Politik und Gesellschaft besonnen bleiben und klar handeln. Verantwortung zu tragen heißt, auch in einer solchen Situation einen kühlen Kopf zu bewahren.

Nordrhein-Westfalen unterstützt die Sanktionen der Bundesregierung, der Europäischen Union, der westlichen Staatengemeinschaft voll und ganz. Es handelt sich um das härteste Sanktionspaket unserer Geschichte. Die Sanktionen sind ein deutliches Zeichen der Geschlossenheit der westlichen Wertegemeinschaft.

Besonnene, klare Politik heißt auch, veränderte Realitäten anzuerkennen. So stellt die Bundesregierung sich der neuen Realität und wird 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereitstellen. Wir unterstützen dies in vollem Umfang.

Auch für uns heißt es, mit einer neuen Realität umzugehen. Deshalb habe ich mich in den vergangenen Tagen intensiv mit Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, betroffenen Unternehmen, Experten für Energie- und Ernährungswirtschaft und für internationale Handelsbeziehungen ausgetauscht. Die Lage gemeinsam mit Experten analysieren, die Herausforderungen klar benennen: Das ist der Weg, um gemeinsam Lösungen zu finden. Das ist der Weg, um mit dieser neuen Realität umzugehen. Und das ist in dieser neuen Realität jetzt unsere Verantwortung.

Die Maßnahmen und mögliche Gegenmaßnahmen Russlands werden auch Auswirkungen auf die Wirtschaft bei uns in Nordrhein-Westfalen und auf unsere Energieversorgung haben. Wir werden alles tun, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Auswirkungen auf Unternehmen, Arbeitsplätze und Haushalte möglichst gering zu halten und abzufedern. Die Sanktionen sollen Putin und sein Umfeld treffen, aber nicht die Menschen hier bei uns. Wir müssen raus aus der Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland – und das so schnell es geht.

Oberste Priorität hat kurzfristig die Versorgungssicherheit. Es geht jetzt um pragmatische Lösungen für eine Energieversorgung in den kommenden Monaten. Wir unterstützen die Bundesregierung bei jedem pragmatischen Lösungsweg, russische Energie zu ersetzen.

Lassen Sie mich zu den langfristigen Herausforderungen Folgendes sagen: Wer heute schon so tut, als wisse er exakt, worauf es am Ende hinausläuft, der wird der Verantwortung der neuen Realität nicht gerecht. Wir brauchen Lösungen mit Substanz. Deshalb gilt in Nordrhein-Westfalen das Prinzip „erst rechnen, dann reden“. Deshalb arbeitet Minister Pinkwart bereits an einem Update unserer Energieversorgungsstrategie. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt sind an vielen Stellen Offenheit und Kreativität gefordert. Wir brauchen beispielsweise mehr Offenheit für alle Änderungen bei der Planungsbeschleunigung. Ich denke auch an weitere Entlastungen bei den Energiepreisen. Eine warme Wohnung darf auch im kommenden Winter kein Luxus werden.

Deshalb machen wir mit unseren Bundesratsinitiativen Vorschläge für eine Energiepreisbremse: Senkung der Mehrwertsteuer auf die Heizkosten, Senkung der Stromsteuer, dauerhafte Erhöhung des Wohngeldes, Senkung der Mineralölsteuer, Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer.

Ich will es gleich dazusagen: Ja, wir wissen, dass das auch in unserem Haushalt Spuren hinterlassen wird, und wir sind bereit, damit umzugehen.

Eine Energiepreisbremse erhöht die außenpolitischen Handlungsspielräume der Bundesregierung. Souveränität im außenpolitischen Handeln schafft man auch dadurch, dass man innenpolitisch den Rücken freihat. Das wird in den nächsten Monaten noch wichtig werden; deshalb jetzt unsere Vorschläge.

Klar ist: Die Auswirkungen und Folgen des Krieges werden uns noch lange beschäftigen.

Bei der anstehenden Ministerpräsidentenkonferenz in der kommenden Woche werden wir über drei Punkte dazu sprechen.

Erster Punkt: die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten. Dabei geht es auch um die Verteilung zwischen den Bundesländern. Am vergangenen Wochenende haben wir spontan und unbürokratisch 600 Geflüchtete aus Berlin übernommen, um die Hauptstadt zu entlasten. Solidarität unter den Ländern ist in Zeiten wie diesen wichtiger denn je.

Aber wir müssen in möglichst geordnete Verfahren kommen. Das sind wir nicht nur den Kommunen, das sind wir auch den Geflüchteten selbst schuldig. Jetzt kommen ganz viele Mütter mit ihren Kindern. Die sollen möglichst kurz auf gepackten Koffern sitzen und

möglichst schnell an einem Zielort ankommen, damit sie dort zur Ruhe kommen können.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt  
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen – so profan es klingt – natürlich auch über Geld sprechen. Die Versorgung der Geflüchteten ist ein finanzieller Kraftakt, den Länder und Kommunen alleine nicht stemmen können.

Zweiter Punkt: Wir müssen über Wirtschaftshilfen sprechen. Die Sanktionen haben Auswirkungen auf Unternehmen auch hier bei uns, beispielsweise auf unsere Automobilzulieferer. Ein Großteil der Kabelbäume – so habe ich gelernt – kommt aus der Ukraine. Wenn die fehlen, kann kein Auto gebaut werden, und alles, was daranhängt, steht still, und zwar sehr, sehr schnell. Deshalb müssen wir mit dem Bund klären, wie wir den betroffenen Unternehmen helfen.

Ich sage es noch mal: Den Preis für diesen Krieg muss Putin zahlen und nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier bei uns.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt  
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Punkt: Wir müssen über Versorgungssicherheit und Energiekosten sprechen, nicht nur am Freitag im Bundesrat, sondern auch bei der MPK.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dieser Krieg in unserer Nachbarschaft lehrt uns, Freiheit, Frieden und Demokratie nicht mehr als so selbstverständlich anzunehmen, wie wir es lange getan haben. Es gibt diese Werte nicht umsonst. Wir müssen sie besser wertschätzen und auch bereit sein, sie zu verteidigen. Wer Demokratien entwapfenet, macht Recht und Freiheit schutzlos. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein, nach außen und nach innen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Putin führt auch einen Informations- und Propagandakrieg gegen uns, der es auf die Spaltung unserer Gesellschaft abgesehen hat. Russische Staatsmedien versuchen seit Jahren, das gesellschaftliche Klima in den westlichen Ländern zu vergiften. Treten wir Desinformation und Propaganda entschieden entgegen – als Gesellschaft und auch als Rechtsstaat mit rechtsstaatlichen Mitteln. Deshalb ist es richtig, Russia Today in unserem Land keine Plattform mehr für Lügen und Manipulation zu geben.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Wichtig ist mir zum Abschluss noch ein Punkt: Dieser Krieg ist Putins Krieg, nicht der Krieg der Russinnen und Russen; der Präsident hat es eben schon gesagt.

In Nordrhein-Westfalen leben etwa eine Million Menschen mit unmittelbaren familiären Bezügen zu den

Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Wir dürfen nicht zulassen, dass im Zuge des Krieges in unserem Land Diskriminierung und Übergriffe geschehen. Ich weiß, dass sehr viele Russinnen und Russen – ganz gleich, wo sie leben – diesen Krieg zutiefst ablehnen.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, es braucht alle für den Frieden, doch es reicht einer für den Krieg. Putin und seine Militärmaschine können Städte in Trümmer legen, Menschen töten, aber sie können den Freiheitswillen der Menschen auf Dauer nicht brechen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN, der AfD, Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, und Präsident André Kuper)

Die Menschen in der Ukraine kämpfen mutig, tapfer und entschlossen für Frieden, Freiheit und für Demokratie – für die Ukraine und für Europa. Und damit kämpfen sie auch für uns. Wir stehen fest an ihrer Seite. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Wüst. – Ich darf damit die Aussprache eröffnen. Für die SPD spricht als Erstes ihr Fraktionsvorsitzender Herr Kutschaty.

**Thomas Kutschaty**<sup>\*)</sup> (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Generalkonsulin, liebe Iryna Shum!

„Noch sind der Ukraine Ruhm und Freiheit nicht gestorben, noch wird uns lächeln, junge Brüder, das Schicksal. Verschwinden werden unsere Feinde wie Tau in der Sonne, und auch wir, Brüder, werden Herren im eigenen Land sein.“

Sie, liebe Frau Generalkonsulin, kennen diese Worte.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die ersten Zeilen der ukrainischen Nationalhymne. Ihre Worte stammen aus dem 19. Jahrhundert, was man der Formulierung deutlich anmerkt. Aber die Gefühle, die sie überbringen, sind pure Gegenwart. Sie kommen direkt aus den Herzen von 44 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern. Sie zeugen von ihrer Hoffnung auf ein Leben in Freiheit, sie zeugen aber auch von ihrer Furcht angesichts eines übermächtigen Aggressors.

Aber was am wichtigsten ist: Sie zeugen von ihrem Mut und ihrer Zuversicht – vom Mut, sich der Aggression entgegenzustellen, und von der Zuversicht, dass ihr Freiheitswille stärker ist als die Machtgier eines Diktators.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP, den GRÜNEN und Dr. Joachim Stamp, Minister für

Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration –  
Vereinzelt Beifall von der Zuschauertribüne)

Die Ukraine ist das Opfer eines Angriffskrieges. Heute ist der 14. Tag, an dem Millionen Menschen um ihre Freiheit kämpfen. Viele sterben gerade dafür, auch in diesen Stunden. Viele Ukrainerinnen und Ukrainer sterben, ohne zu kämpfen. Sie sterben in ihren Wohnungen, sterben auf den Straßen. Sie sterben auf dem Weg zu Verwandten, auf der Flucht, Frauen, Männer und Kinder. Sie sterben durch Raketen und Granaten, die mit Absicht auf Zivilisten ge feuert werden. Sie sind die Opfer eines Verbrechens, das sich Angriffskrieg nennt.

Ich weiß nicht, wie dieser Krieg militärisch ausgehen wird. Aber eines weiß ich: Wladimir Putin, diesen Krieg haben Sie moralisch schon heute verloren!

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD und der Zuschauertribüne)

In den sozialen Medien ging ein Foto viral. Es zeigt drei junge Ukrainer mit Maschinengewehren auf den Schultern. Sie sind gerade mal 18 Jahre alt und sollten an die Front. Das Bild ist schon einige Tage alt. Niemand weiß, ob sie noch leben.

Auch auf russischer Seite sterben jetzt junge Männer in einem Krieg, der nicht der ihre ist und den auch sie nicht gewollt haben.

Es gibt Tausende Russinnen und Russen, die den Mut aufgebracht haben, in Russland auf den Straßen gegen den Krieg zu demonstrieren, und dafür von Putin verhaftet werden. Ihnen allen gebührt unser größter Respekt für diesen Mut; er ist nicht umsonst gewesen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP, den GRÜNEN und der AfD)

Putin führt diesen Krieg, weil er Angst vor Demokratie und Meinungsfreiheit hat. Dieser Krieg ist ein Verbrechen gegen die Ukraine, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Durch den Überfall auf die Ukraine wurde das Putinregime zum Gegner des freien Europas. Wir haben diesen Konflikt nicht gewollt, aber wir werden dem Konflikt auch nicht aus dem Weg gehen.

Der Westen ist stark, denn er hält zusammen. Europa ist geeinigter denn je. Wir lassen uns nicht spalten.

Bei aller Kritik, die wir an der Regierung in Polen haben und in den vergangenen Jahren hatten: Das, was jetzt Polen und weitere Nachbarn für die Ukraine leisten, ist vorbildlich und verdient Respekt, Anerkennung und Dank. Lieber Generalkonsul Wawrzyniak, sagen Sie das bitte Ihrem Volk: Auch davor haben wir großen Respekt. Herzlichen Dank für das, was Ihr Land gerade leistet.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP, den GRÜNEN und der AfD und Präsident André Kuper)

Die Bundesregierung, der Bundeskanzler, führt unser Land mit Entschlossenheit und Besonnenheit, die unsere Republik, unser Land gerade jetzt braucht. Wir stärken die europäische Sicherheit und den Zusammenhalt der Europäischen Union. Das sind die richtigen Maßnahmen in dieser Zeit.

Ja, wir liefern auch Waffen, damit sich die Ukraine verteidigen kann, und wir verhängen gegen Russland die härtesten Wirtschaftssanktionen, die es je gegeben hat. Ja, das Putinregime ist unser Gegner, aber das russische Volk ist es nicht. Wenn jetzt bei uns in Deutschland Angriffe auf russischstämmige Menschen oder Geschäfte geschehen, dann müssen wir auch das aufs Schärfste verurteilen. Es ist nicht ihr Krieg, es ist Putins Krieg.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Noch ist der Ukraine Freiheit nicht gestorben, heißt es in der Nationalhymne. Eines Tages muss die Ukraine wieder ein freies europäisches Land sein. Darauf muss Europa bestehen, darauf muss die Welt bestehen.

Bis es soweit ist, müssen wir uns immer eine Frage beantworten: Was können wir für die Ukraine tun, und was können wir für den Frieden tun? – Wir sind keine Kriegspartei. Wir können und wir wollen das nicht sein. Gleichwohl sind wir nicht unparteiisch oder neutral.

Die Ukraine ist überfallen worden. Sie hat das Recht sich zu verteidigen, und wir haben die Pflicht, sie dabei zu unterstützen. Deshalb begrüßen wir alle die harten Sanktionen. Die Bürgerinnen und Bürger stehen hinter den Maßnahmen der Bundesregierung, die Russland hart treffen und auch bei uns Opfer wie etwa höhere Energiekosten bedeuten werden. Aber was sind das für Opfer im Vergleich zu dem Leid der Menschen in Kiew, in Charkiw oder in Mariupol!

Wir sind Europäerinnen und Europäer. Wir sind Demokratinnen und Demokraten. Für uns kann es nur eine Antwort geben: Wir stehen an der Seite der Ukraine.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN und Präsident André Kuper)

Wir sind weder machtlos noch hilflos – ganz im Gegenteil. Wir können helfen, und genau das werden wir tun; auch wir in Nordrhein-Westfalen. Unsere Aufgabe ist zuallererst die humanitäre Hilfe, und selbstverständlich werden wir diese humanitäre Hilfe leisten.

Deutschland und Europa stehen vor der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Deshalb muss in den nächsten Tagen alles dafür

unternommen werden, dass eine gerechte Verteilung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Europa und Deutschland erfolgt.

Wir in Nordrhein-Westfalen tragen als größtes Bundesland eine große Verantwortung dafür, dass die Geflüchteten gut, sicher und würdevoll aufgenommen werden. Dabei handelt es sich überwiegend um Frauen, Kinder und ältere Menschen. Teilweise kommen ganze Gruppen aus Kinderheimen mit ihren Betreuern zu uns.

Die Menschen, die zu uns kommen, haben alles verloren: ihr Zuhause, ihre Heimat, ihre Familie, ihre Freunde, ihr Hab und Gut. Sie konnten nur das mitnehmen, was in eine kleine Tasche oder in einen kleinen Rucksack passte: einige wenige Erinnerungstücke, das Nötigste an Kleidung.

Diesen Menschen jetzt zu helfen, ist eine Herausforderung, die mindestens so groß ist, wie die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge vor sechs Jahren aus Syrien. Ich bin mir sicher, es kann gelingen, weil ich an die Menschen in Nordrhein-Westfalen, an ihre Kraft und ihre Menschlichkeit glaube. Gemeinsam, gerecht und solidarisch – so wird das Gelingen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Aber machen wir uns nichts vor: Die Herausforderungen sind groß. Wir müssen jetzt alles daran setzen, dass die Geflüchteten schnell registriert und bestmöglich untergebracht werden können.

Gerade allein geflüchtete Frauen mit kleinen Kindern haben ganz besondere Bedürfnisse. Wir müssen die medizinische und psychologische Unterstützung für die vom Krieg gezeichneten und geprägten Menschen schnell zur Verfügung stellen.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind sicher und liebevoll aufzunehmen. Die Betreuungsangebote in den Kitas sind vorzubereiten und zu organisieren, Integrationsangebote – wie etwa Sprachkurse – müssen anlaufen. Kinder und Jugendliche müssen in die Schulgemeinden integriert werden. Schulen und Lehrkräfte müssen die dafür notwendige Unterstützung erhalten.

Vor allem müssen wir aber jetzt schnell unseren Kommunen helfen. Sie sind es, die den größten Teil der Aufgaben zu stemmen haben werden. Die Landesregierung ist jetzt gefordert, die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bestmöglich zu unterstützen. Dafür müssen sich Land und Kommunen regelmäßig abstimmen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass es zu Nacht-und-Nebel-Aktionen kommt. Die Kommunen benötigen jetzt Planungssicherheit, und sie brauchen einen Vorlauf für ihre Maßnahmen.

Das Land muss den Kommunen jetzt schnell klare Antworten auf die Frage geben, welche Kosten vom

Land übernommen werden, damit sie jetzt die notwendigen Maßnahmen treffen können. Was ist an Räumlichkeiten anzumieten? Welche Container sind möglicherweise zu bestellen? Wie viele Betten und Matratzen muss ich jetzt ordern, damit ich im Notfall etwas habe? – Da ist Verlässlichkeit ganz wichtig.

Diese Flüchtlingskrise ist kein kommunales Phänomen. Sie darf nicht zu einer kommunalen Krise werden; erst recht nicht zu einer kommunalen Finanzkrise.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe mir gestern von Oberbürgermeistern und -bürgermeisterinnen die Lage vor Ort schildern lassen. Alle sagten mir: Wir brauchen dringend Ordnung im Verfahren, mehr Koordinierung und mehr Plätze.

So sei vorgestern die Landeserstaufnahme in Bochum um 13:00 Uhr wegen mangelnder Kapazitäten zeitweise geschlossen worden. Die Landesregierung hat die Kommunen bereits aufgefordert, dass sie keine Menschen mehr zur Registrierung in die Landeserstaufnahmeeinrichtung nach Bochum schicken soll, sofern sie selbstständig eingereist und bei Familienangehörigen oder Freunden untergekommen sind, um die Arbeitsfähigkeit der LEA in Bochum zu erhalten.

Das bedeutet aber im Umkehrschluss auch: Wir haben keinen validen Überblick darüber, wie viele Schutzsuchende bereits in Nordrhein-Westfalen sind. – Das ist ein Problem für die gerechte Verteilung auf die Kommunen. Das ist aber auch schlecht für die betroffenen Personen, weil von einer Registrierung natürlich weitere Folgen abhängig sind wie Krankenversicherungsschutz und was man alles in diesen Tagen braucht.

Deswegen müssen wir das sofort ändern. Es muss schnell zu einer Erstregistrierung kommen. Nur so können wir eine geregelte Aufnahme der Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen gewährleisten.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Viele Geflüchtete kommen an Verkehrsknotenpunkten an. Wir haben das in Berlin gesehen, aber das setzt sich auch in Nordrhein-Westfalen fort. Düsseldorf ist auch eine Stadt, die gestern und vorgestern sehr viele Menschen aufgenommen hat. Es wurden spontan Notunterkunftsplätze in der Messe Düsseldorf geschaffen. Mein Dank gilt auch hierbei natürlich allen Hauptamtlichen in der Kommune, in den Kommunen, aber auch allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die jetzt Tag und Nacht, rund um die Uhr mit anpacken, um diesen Menschen das zu geben, was sie jetzt dringend brauchen: ein Dach über den Kopf und eine sichere Zukunft. – Herzlichen Dank an all diejenigen, die sich im Augenblick so großartig für die Menschen engagieren.



(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP, den GRÜNEN und der AfD – Vereinzelt Beifall von der Zuschauertribüne)

Jetzt gilt es aber auch, die Erstaufnahmekapazitäten des Landes deutlich auszubauen. Ich bin mir nicht sicher, ob 25.000 ausreichen werden. Ich würde es mir zwar wünschen, aber ich glaube, das muss eine flexible Zahl sein, an der man weiterarbeiten muss.

Was aber jetzt wichtig ist, ist eine enge Koordinierung zwischen Städten, Gemeinden und dem Land. Deswegen sage ich an dieser Stelle auch: Wir haben eine andere Situation als 2015. In Nordrhein-Westfalen ist nicht mehr ein Ressort der Landesregierung federführend für die Unterbringung der Geflüchteten zuständig, sondern nunmehr deutlich mehr Ressorts.

Deswegen braucht es jetzt dringend einen Krisenstab der Landesregierung. Herr Wüst, aktivieren Sie bitte den Krisenstab der Landesregierung, um die Hilfe zu organisieren, die man jetzt organisieren muss. Das ist bitter nötig.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE])

Wenn wir auf das Schlimmste vorbereitet sind, können wir im besten Fall die Herausforderungen gut meistern. Davon bin ich überzeugt.

Putin hat die Ukraine überfallen und Europa in die schlimmste sicherheitspolitische Krise seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt. Deshalb müssen auch wir mit den größten Flüchtlingsbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg rechnen.

Jetzt sind Führungsstärke, Entschlossenheit und Besonnenheit gefragt, nicht Parteitaktik.

Ich sage Ihnen zu, dass wir als Oppositionsfraktion die Landesregierung bestmöglich unterstützen wollen. Deswegen rege ich an, dass die Landesregierung das macht, was die Vorgänger-Landesregierung im Jahr 2015 in einer ähnlichen Situation getan hat: Richten Sie bitte einen runden Tisch ein, an dem auch Vertreter der Fraktionen – und damit auch das Parlament – vertreten sind, damit wir uns so einbringen können. Wir sind bereit, uns einzubringen und zu helfen. Herr Ministerpräsident, geben Sie uns allen durch einen runden Tisch der Landesregierung die Möglichkeit, das zu tun.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Ukrainerinnen und Ukrainer! Ich bin mir sicher, dass wir die großen Herausforderungen meistern werden, die vor uns liegen, wenn wir jetzt geschlossen anpacken, uns nicht kleinkriegen lassen und weiterhin das tun, was wir als Land Nordrhein-Westfalen tun müssen, nämlich Humanität zeigen und den Menschen helfen und sie unterstützen. – Slawa Ukrajini! Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Für die CDU spricht ihr Fraktionsvorsitzender Herr Löttgen.

**Bodo Löttgen**<sup>\*)</sup> (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Generalkonsulin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist Tag 14 des abscheulichen völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, den der russische Präsident Putin und seine Kreml-Nomenklatura gegen die Menschen in der Ukraine führen.

Wenn ich die Bilder aus Kiew, aus Charkiw, aus Cherson und aus Mariupol sehe, die Berichte über die wachsende Zahl an Toten und Verletzten auf beiden Seiten zur Kenntnis nehmen muss, die ergreifenden Berichte über die in Luftschutzkellern geborenen Kinder höre und in die von Angst und Sorge geprägten Augen der Flüchtlinge schaue, deren Zahl auf über 1,7 Millionen angewachsen ist, dann spüre ich großes Mitgefühl und eine tiefe Trauer in mir.

Das mag auch damit zusammenhängen, dass ich am 24. Februar, dem Tag der Invasion, in einem Krankenhaus am Bett meines Vaters saß, der in dieser Nacht gestorben ist.

In der Berichterstattung über den Angriff wurde der Begriff „Zeitenwende“ geradezu überstrapaziert.

Ich habe mich gefragt, wie die Generation meines Vaters die Zeitenwenden eigentlich bewältigt hat, mit denen sie konfrontiert war: die Weltwirtschaftskrise, die Machtübernahme der NSDAP, die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs, die Teilung Deutschlands, den Bau der Mauer, das Wirtschaftswunder, den Kalten Krieg, die Wiedervereinigung. Meine Antwort lautet: mit Anstand, Haltung und Wertschätzung anderer, ohne selbst viel zu besitzen, mit Optimismus statt Pessimismus, mit Aufbauen und Anpacken, wo heute viele die Brocken längst hingeworfen hätten, mit Förderung des Zusammenhalts und des Gemeinsamen statt Egoismus.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich hoffe, Sie sehen mir diese persönliche Bemerkung nach. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass die vorgelebten Werte dieser Generation noch heute wegweisend für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Stärkung unserer Demokratie sein können.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Putins Krieg ist ein Krieg gegen unsere Werte, die Werte eines demokratisch verfassten Rechtsstaats,

ein Krieg gegen die Freiheit, gegen Solidarität und Gerechtigkeit. Die Angst eines Despoten vor diesen gelebten Werten an den Grenzen seines vermeintlichen Reiches hat in eine geopolitisch dramatische Situation geführt.

Wer Städte dem Erdboden gleichmacht, wer vertreibt, der will unsere Länder destabilisieren. Das ist Putins Ziel.

Gift, Mordanschläge und die Armada russischer Trolle in den sozialen Netzwerken, die mit Fake News Stimmungen und Meinungen beeinflussen, waren offensichtlich nicht ausreichend für den Machthunger dieses Präsidenten.

Mein Dank gilt umso mehr der ungeheuren und vorbildlichen Hilfsbereitschaft in unserem Land. Ich sage herzlichen Dank an die häufig ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hilfsorganisationen, die alles tun, damit unsere Sach- und Geldspenden dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Meine Hochachtung gilt den Menschen, die in der Ukraine und in Russland unter Lebensgefahr die Werte der Demokratie verteidigen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Die Gespräche, die ich in den letzten 14 Tagen geführt habe, drehen sich um neue, praktisch über Nacht gewonnene Erkenntnisse und angeblich alte und überkommene Gewissheiten, über sich ändernde Prioritäten, über die geopolitische Notwendigkeit des Zusammendenkens von Klimawende und Auflösung nationaler Abhängigkeiten, über die steigenden Energiepreise und den Preis, den wir zu zahlen bereit sind, über Rohstoffmangel und globale Lieferketten, über wachsende Inflationsgefahr und neue Schulden, die unsere Bundeswehr befähigen sollen, über eine möglicherweise neue Rolle Deutschlands in der Welt und über die Frage, wie wir in Nordrhein-Westfalen in dieser Lage durch die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität unseren Wohlstand bewahren, Arbeitsplätze erhalten und Sozialstaat mit verlässlichen Leistungen bleiben können.

Diese Weltkrise hat weit mehr Dimensionen, als man heute aufzählen könnte. Ich will nur zwei nennen.

Die erste besteht in der Frage, ob wir alles tun, um diejenigen, die in der Ukraine ausharren, die ihr Land verteidigen, zu unterstützen.

Dazu möchte ich die Worte der Hannoveraner Regionalbischöfin Petra Bahr nutzen, die vor einer Woche schrieb:

„Wir sind gegen Krieg.‘ Muss das nicht friedensethisch mit Blick auf Würde, Recht und Leben gewendet – und [...] mit Blick auf die deutsche Geschichte – heißen: ‚Wir helfen mit allem, was möglich ist, denen, die im Widerstand gegen den Aggressor sind?‘“

Bemerkenswert, nicht wahr?

Hilfe und Unterstützung müssen ankommen, damit sie auch als solche wahrgenommen werden. Nach der Blamage durch die Zusage von 5.000 Helmen tut es mir in der Seele weh, wenn der ukrainische Botschafter noch am Sonntagabend in einer Fernsehsendung davon spricht, dass noch keine der zugesagten Stinger- oder Strela-Abwehrwaffen dort angekommen ist, wo sie gebraucht werden.

Hinter der Entscheidung für diese Waffenlieferung steht eine 180-Grad-Kehrwende der bisherigen Haltung bei SPD und Grünen.

Wer noch am 7. Februar sagte, dass wir keine letalen Waffen in die Ukraine liefern, wer noch im Jahr 2018 das Zwei-Prozent-Ziel der NATO mit den Worten „die Stabilität der NATO kann nicht nur buchhalterisch gemessen werden“ verspottete und wer als Finanzminister im Mai 2019 die begründete Erhöhung des Bundeswehretats schlicht abgeschmettert hat, aber heute als Bundeskanzler aber Waffen liefert und für die Bundeswehr 100 Milliarden Euro ohne Rücksprache mit dem Parlament verspricht, der hat nicht nur seine Meinung, der hat seine Grundsätze geändert.

Wer in Zeiten der Unsicherheit festen Grund sucht, um belastbar entscheiden zu können, muss sich seiner Grundsätze gewiss sein. Deshalb bin ich froh, Mitglied der christdemokratischen Partei zu sein,

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist unwürdig! – Zuruf von der SPD: Unwürdig! – Zuruf von Carsten Löcker [SPD] – Weiterer Widerspruch von der SPD)

die nicht die Richtung wechseln musste, weil der folgende Satz aus dem Grundsatzprogramm zu unserer DNA gehört:

„Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sich für sie einzusetzen und sie nach außen und innen zu verteidigen. Wir bekennen uns zu wehrhafter Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, deren Freiheit vorenthalten wird.“

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Einige Abgeordnete der SPD verlassen den Plenarsaal.)

Die zweite Dimension ist die Herausforderung für uns als Nation, die sich bereits jetzt als Kriegsfolge abzeichnet. Der Grund, warum Wladimir Putin die Freiheit fürchtet, ist die Tatsache, dass Freiheit untrennbar mit Verantwortung verbunden ist. Wir in Nordrhein-Westfalen sind uns unserer Verantwortung bewusst.

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat einen Ad-hoc-Beirat der Landesregierung zu den Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine für das Land Nordrhein-Westfalen einberufen. Dabei geht es insbesondere um Konsequenzen für die Versorgungs-

sicherheit und die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Ziel ist nicht nur die Analyse dieser Folgen, sondern auch die Ermittlung daraus resultierender Handlungsbedarfe. Wir, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, unternehmen alles in unserer Macht Stehende, um in der Ukraine Hilfe zu leisten und insbesondere den Geflüchteten zu helfen.

Bei aller Betroffenheit gilt es jedoch auch, den Blick nach innen zu richten. Es gilt, die Sorgen und Nöte vieler Menschen in unserem Land angesichts des Kriegs und seiner Folgen ernst zu nehmen und für Antworten darauf zu sorgen, statt sie für einen polarisierenden Wahlkampf zu nutzen.

(Lachen von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Was machen Sie denn da gerade? – Angela Lück [SPD]: Sagt gerade der Richtige!)

Nein, wir finanzieren mit einem Tankvorgang nicht den Krieg Putins. Tanken bedeutet insbesondere in ländlichen Regionen die Möglichkeit, zur Arbeit zu kommen, den Arzt aufzusuchen und die Eltern zu besuchen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Aber Tanken wird bei Literpreisen von über zwei Euro für viele zur existenziellen Frage. Daher appelliere ich eindrücklich an die Bundesregierung: Handeln Sie jetzt. Der Weg zur Arbeit oder die warme Wohnung dürfen nicht zum Luxus werden. Deshalb müssen alle Spielräume genutzt werden. Ich stimme Robert Habeck zu: Versorgungssicherheit ist wichtiger als Klimaschutz. – Dem füge ich hinzu: Beides darf nicht zum Widerspruch werden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Den geopolitischen Abhängigkeiten, den Energielieferungen und dem Wert der Energieerzeugung im eigenen Land werden zurzeit mit geradezu abenteuerlicher Geschwindigkeit neue Wertigkeiten zugemessen. Diese Neujustierung, die im Übrigen auch in Europa hergestellte Produkte von medizinischen Artikeln bis hin zu Mikrochips umfassen muss, setzt ein Umdenken voraus. Dazu bedarf es jedoch der schwierigsten aller Änderungen, des Abbaus von Bürokratie und der Abkehr von der „not in my backyard“-Haltung zu vieler Menschen.

Kann unsere Demokratie die radikale Beschleunigung von Verwaltungswegen und Genehmigungsverfahren leisten? Ich bin sicher: Sie kann. Ich will nur einen Satz aus der bemerkenswerten Ad-hoc-Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina vom 8. März 2022 unter dem Titel „Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt“ zitieren: „Die Akzeptanz der Maßnahmen durch die Bevölkerung ist ein entscheidender Faktor für die Umsetzbarkeit.“

„Demokratie – das gilt auch für demokratische Parteien – ist nicht nur ein Gehäuse für schönes Wetter und volle Taschen. Demokratie muss sich bewähren in Zeiten der Herausforderung und Bedrängnis. Sie erfordert Mut und Stehvermögen.“

Das sagte Helmut Kohl 1981. Er hatte recht. Die Zeit der Herausforderung und Bedrängnis ist da. Setzen wir ihr Mut und Stehvermögen entgegen. Zeigen wir den tapferen Ukrainerinnen und Ukrainern, die das Entsetzen, die Angst und das Leid eines Krieges erfahren mussten, dass unser Land die Arme gerade für sie weit öffnet. Unterstützen wir diejenigen, die in der Ukraine ausharren, bestmöglich durch Hilfslieferungen und Spenden. Greifen wir diejenigen unter die Arme, die in Russland auf den Straßen unterwegs sind und trotz härtester Strafandrohung für Demokratie und gegen den Krieg kämpfen. Vergessen wir schlussendlich nicht, uns jeden kommenden Tag um die Erhaltung und die Stärkung unserer eigenen Demokratie zu kümmern. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Beifall von der Zuschauertribüne)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Fraktionsvorsitzende Frau Schäffer.

(Einige Abgeordnete der SPD kehren in den Plenarsaal zurück.)

**Verena Schäffer\*** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Shum! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade einmal 1.600 km von hier entfernt tobt ein brutaler und menschenverachtender Krieg gegen die Menschen in der Ukraine. „Wir sind in einer anderen Welt aufgewacht“, hat Außenministerin Baerbock nach dem Beginn des Einmarsches Russlands in die Ukraine gesagt.

Das stimmt. Es stimmt vor allem für die vielen Millionen Menschen in der Ukraine, die um ihr Leben und um das ihrer Kinder, Eltern, Freunde und Verwandten bangen.

Ich habe in den vergangenen Tagen oft darüber nachgedacht: Wie erklärt man Kindern den Krieg? Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir persönlich fällt es wahnsinnig schwer, meinen Kindern zu erklären, dass in der Ukraine ein brutaler Krieg herrscht.

Wie aber erklären Eltern in der Ukraine ihren Kindern, dass sie seit Tagen mit vielen Menschen in der Metrostation ausharren müssen? Wie erklären sie ihren Kindern, dass sie sich auf eine sehr gefährliche Flucht begeben müssen? Wie erklären Eltern ihren Kindern, dass Angehörige und Freunde getötet wurden? Auf diese Fragen kann es eigentlich keine leichten Antworten geben – vielleicht auch für uns hier nicht. Ich weiß es nicht.

Der Angriffskrieg Putins lässt uns erschüttert zurück. Unsere Erschütterung, unsere Fragen dürfen uns aber nicht sprachlos machen. Europa ist nicht sprachlos, und wir sind nicht sprachlos. Wir sind auch nicht ohnmächtig. Wir werden Menschen, die Schutz suchen, diesen Schutz gewähren. Die harten Sanktionen gegen Russland sind richtig, auch wenn sie natürlich wirtschaftliche Auswirkungen auf uns hier in Deutschland und in ganz Europa haben. Aber Frieden und Menschenrechte, Freiheit und Demokratie müssen uns das wert sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bin den vielen Menschen, die in diesen Tagen für den Frieden aufstehen, und auch den mutigen Menschen, die in Russland trotz der Gefahr, dafür verhaftet zu werden, gegen Putins Krieg auf die Straßen gehen, sehr dankbar. Weltweit senden wir Demokratinnen und Demokraten die unmissverständliche Botschaft: Die Welt steht an der Seite der Ukraine und verurteilt den abscheulichen Angriffskrieg Putins.

Natürlich spüre ich in diesen Tagen mehr als nur Dankbarkeit für die Menschen, die für den Frieden auf die Straße gehen. Wie wir alle empfinde ich Fassungslosigkeit und Wut, aber auch Solidarität und Mitgefühl, angesichts der brutalen Bilder. Die Bilder von tausenden Menschen, die gerade aus der Ukraine fliehen oder zu fliehen versuchen, die Furchtbare gesehen und erlebt haben, die jetzt bei uns Schutz suchen, machen einfach sehr deutlich, welche Bedeutung unsere humanitäre Verantwortung jetzt hat – die Verantwortung dafür, diesen Menschen die Hilfe anzubieten, die sie benötigen: eine Unterkunft, Zugang zu medizinischer und psychosozialer Betreuung, Bildung und auch finanzielle Unterstützung, und die Verantwortung gegenüber unseren Kommunen, sie bei dieser Aufgabe nicht allein zu lassen.

Das UN-Flüchtlingswerk – das ist vorhin in der Diskussion schon genannt worden – spricht von der am schnellsten wachsenden Flüchtlingsbewegung seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Bislang mussten über 2 Millionen Menschen flüchten. Sie sind dazu gezwungen, weil Putin ihre Heimat zerstört und ihr Leben bedroht. Auch in Nordrhein-Westfalen kommen bereits jetzt Tausende Menschen an. Die Hälfte von ihnen sind Kinder.

Ich danke den Flüchtlingsorganisationen, den Hilfsorganisationen, den vielen Gemeinden und den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die jetzt privat unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Trotz der großen Hilfsbereitschaft werden die meisten Geflüchteten nicht privat unterkommen können, schon allein, weil viele Flüchtlinge wahrscheinlich

über einen langen Zeitraum hierbleiben werden. Deshalb sind vor allem die Kommunen gefragt, für eine Unterbringung zu sorgen.

Es sind die Kommunen – das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen –, die gerade wieder Unglaubliches leisten, obwohl sie mit der Coronapandemie, zum Teil mit dem Hochwasser bereits seit zwei Jahren quasi im Krisenmodus arbeiten. Deshalb brauchen die Kommunen jetzt die volle Unterstützung des Landes.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir Demokratinnen und Demokraten – ich finde, das wird heute noch einmal sehr deutlich – uns parteiübergreifend für die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine einsetzen.

Herr Wüst, ich bin auch Ihnen dankbar dafür, dass Sie sehr deutlich sagen, dass wir schutzsuchende Menschen in Nordrhein-Westfalen natürlich mit offenen Armen aufnehmen und sie hier willkommen heißen.

Ich möchte an derselben Stelle aber auch sagen, dass Ankündigungen alleine nicht ausreichen. Die Kommunen gehen jetzt wieder in Vorleistung. Das machen sie natürlich. Aber damit sie nicht jeden Euro umdrehen müssen, sondern damit sie flexibel agieren können, damit sie flexibel Unterkünfte anmieten können, damit sie für eine gute Betreuung sorgen können, brauchen die Kommunen eine klare Zusage des Landes für die Übernahme von Kosten.

Die Landesregierung, Herr Wüst, muss hier Verantwortung gegenüber den Kommunen übernehmen und damit dafür sorgen, dass die Kommunen schnell agieren können, sodass sie für eine adäquate und schnelle Unterbringung der Geflüchteten sorgen können. Da hätte ich mir heute in der Diskussion mehr gewünscht. Wir brauchen diese klare Zusage an die Kommunen, dass das Land einspringt und die Kosten übernehmen wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber es gibt noch mehr Dinge, die vonseiten der Landesregierung geleistet werden müssen. Die koordinierte Kapazitätsabfrage bei den Kommunen muss fortgeschrieben werden, damit sichergestellt wird, dass nicht Unterbringungen in der einen Kommune leer bleiben, während die Unterkünfte in den großen Städten volllaufen. Das Land muss hier dringend koordinieren und darf nicht abwarten.

Ich will noch einen Punkt ansprechen – ich mache das wirklich ohne Schaum vorm Mund; ich weiß, wir haben in den letzten Jahren viel darüber diskutiert, aber ich will es sachlich vorbringen –: Ich glaube, es wäre an dieser Stelle wirklich an der Zeit, den Krisenstab und die Strukturen, die wir hier haben, zu

nutzen, um die Situation besser koordinieren zu können. Ich wünsche mir, dass Sie an dieser Stelle den Krisenstab nutzen und jetzt einsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Weil die Hälfte der ankommenden Menschen Kinder und Jugendliche sind, stehen wir vor besonderen Herausforderungen. Es sind Kinder, die plötzlich ihre Heimat verlassen mussten, die möglicherweise Angriffe miterlebt haben oder die sich große Sorgen um ihre Eltern und andere Angehörigen machen, die noch in der Ukraine sind.

Kinder und Jugendliche brauchen schnellstmöglich die Rückkehr zu einer festen Alltagsstruktur. Für sie müssen wir aber auch Strukturen einer psychosozialen Betreuung vorhalten.

Ein Thema ist mir noch besonders wichtig: Gerade weil Kinder auf der Flucht eine besonders verletzte, eine besonders vulnerable Personengruppe sind, muss ihr Schutz in allen Unterkünften besonders im Fokus stehen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche auf der Flucht hier bei uns in Nordrhein-Westfalen wieder Kinder sein dürfen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt nicht nur ganz akut den flüchtenden Menschen helfen, sondern auch die richtigen Lehren aus Putins Angriffskrieg für die Zukunft ziehen.

Eine zentrale Lehre ist doch: Wir müssen uns unabhängig von Despoten und ihrem Gas, von Kohle aus Krisenregionen machen. Erneuerbare Energien sind dabei der Weg, unsere Energieversorgung sicher, eigenständig und klimaschonend zu gewährleisten. Das ist unser aller Verantwortung.

Ja, aktuell stehen wir ganz konkret vor der Herausforderung, dass die Versorgungssicherheit für den nächsten Winter gesichert sein muss. Deshalb ist es richtig, dass gerade alle Optionen geprüft werden.

Aus technischen Gründen ist die Laufzeitverlängerung der AKWs vom Tisch.

Eine Sicherung der Versorgung im Winter 2022/23 hat aus meiner Sicht überhaupt nichts mit einem vereinbarten Kohleausstieg 2030 zu tun.

Mittelfristig – das wissen wir – bringen nur die Erneuerbaren Sicherheit und Unabhängigkeit. Daher muss endlich der Booster beim Ausbau der erneuerbaren Energien kommen.

Ich weiß, wir Grüne könnten es uns an dieser Stelle leicht machen. Aber ich will bewusst sagen, dass wir das nicht tun, weil es uns um die Sache geht.

Wir müssen den Turbo beim Ausbau der Windenergie einlegen.

(Matthias Goeken [CDU]: Och!)

Wir müssen die Solarenergie endlich ausbauen. Es muss zum Standard werden, dass auf jedem Dach eine Photovoltaikanlage ist.

Warten Sie nicht darauf, dass die Bundesregierung Sie hier zu einer Kurskorrektur zwingt. Nutzen Sie die Ihnen verbleibenden zwei Monate, und leiten Sie diese Kurskorrektur selbst ein. Lassen Sie Ihre Ankündigungen zu Erleichterungen zum Beispiel bei der Windenergie jetzt Wirklichkeit werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Welt ist eine andere. Es ist Zeit, ihr mit neuen Lösungen zu begegnen, mit mutigen Schritten in Richtung sauberer Energie zu gehen, die uns unabhängig macht, mit gelebter Solidarität, dem Einstehen für Demokratie und für Frieden, dem Wissen um unsere Verantwortung bei der Hilfe für Tausende Menschen, die jetzt unseren Schutz suchen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Angela Freimuth [FDP])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

**Christof Rasche\*** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank an Ministerpräsident Hendrik Wüst und an die Landesregierung für die Initiative zu dieser Unterrichtung. Es ist richtig, dass wir in diesem Hohen Haus schnell zusammengekommen sind und uns mit diesem aktuellen Thema befassen. Wenn nicht damit, mit welchem Thema denn sonst? – Vielen Dank.

Ich möchte in sieben Punkten auf die Unterrichtung eingehen. In den ersten beiden Punkten geht es um die Ukraine und um die Vereinten Nationen.

Erster Punkt: Die Lage in der Ukraine – Sie haben es alle schon vielfach beschrieben – ist dramatisch. Das Leid ist unermesslich. Die vielen persönlichen Schicksale sind schlimm. Es besteht eine humanitäre Katastrophe. Die Bilder, die wir jeden Tag sehen – jeden Abend, jeden Morgen –, sind einfach schauerhaft. Hoffentlich hat das alles bald ein Ende.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zweiter Punkt: Nach dem Zweiten Weltkrieg waren

„wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat [...].“

So war seinerzeit die Formulierung der Vereinten Nationen.

Es wurden Ziele formuliert: Kräfte vereinen, um Weltfrieden und internationale Sicherheit zu wahren. Nachbarn sollen in Frieden miteinander leben.

Russland ist Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. Russland hat diese Vereinbarung unterschrieben und auch gelebt, allerdings früher und unter einer anderen Führung.

Dritter Punkt: Wir erleben eine erneute Zeitenwende. Man hat das Gefühl, der Eiserner Vorhang, der 1989 gefallen ist, kommt zurück, wo auch immer genau. Putin hält sich nicht an die Regeln der Vereinten Nationen, und Putin hält sich auch nicht an das Völkerrecht. Dieser Bruch mit zahlreichen, verbindlich geglaubten Vereinbarungen, wie etwa der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, ist eine direkte Bedrohung für die Sicherheit und den Frieden hier bei uns in der EU, hier bei uns in Deutschland und auch hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Einige Persönlichkeiten – auch in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen – geben heute zu, dass sie sich, wie viele Menschen in der ganzen Welt, in Putin getäuscht haben. Folge: Heute herrscht Krieg, Krieg in Europa.

Putin will nicht als guter Nachbar in Frieden leben. Wir verurteilen den Überfall auf die Ukraine, diesen vorsätzlichen Bruch des Völkerrechts, auf das Schärfste.

Gleichzeitig betonen wir: Der Gegner der Freiheit ist der russische Präsident Wladimir Putin und nicht das russische Volk.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Wir stehen an der Seite der Ukraine, die sich gegen diesen Angriff auf ihre Unabhängigkeit und ihre Existenz verteidigt.

Wir zeigen uns solidarisch mit all denjenigen, die in Russland mutig ihre Stimme gegen Ungerechtigkeit erheben und dafür harte Strafen in Kauf nehmen.

Auch in Nordrhein-Westfalen – das ist mir ganz wichtig, diesen Aspekt noch mal anzusprechen – leben viele Russinnen und Russen, die diese Angriffe verurteilen, die vielleicht selbst unter dem Regime gelitten haben. Daher dürfen wir es nicht zulassen, dass russische Mitbürger in Nordrhein-Westfalen Anfeindungen ausgesetzt sind. Auch die Bürgerinnen, diese Russinnen und Russen in Nordrhein-Westfalen, brauchen unsere Solidarität, gerade in der jetzigen Phase.

(Beifall von der FDP, der CDU und Klaus Kaiser, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir alle appellieren an den russischen Präsidenten: Beenden Sie das Blutvergießen ukrainischer und russischer Menschen!

Vierter Punkt: Der Westen agiert geschlossen. Die demokratischen Parteien in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen stehen zusammen. Europäische Union und NATO sind geeinter als je zuvor und stehen enger beisammen als in den vergangenen Jahren. Die EU-Staaten und die NATO haben sich frühzeitig auf weitreichende gemeinsame Sanktionen verständigt. Sie treffen Russlands Banken, Oligarchen und die Wirtschaft.

Die Sanktionen treffen aber auch uns. Sie sind der Preis der Freiheit, und wir müssen in dieser Situation, in der Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gewesen ist, bereit sein, diesen Preis zu zahlen.

Putin will Europa destabilisieren. Ich habe den Eindruck, das wird ihm nicht gelingen. Bis heute ist es auf keinen Fall passiert.

Der Rat der Europäischen Union hat am 4. März erstmals die Richtlinie zum vorübergehenden Schutz im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen aktiviert. Das ist ein klares und geschlossenes Signal der EU zur unbürokratischen Hilfe bei der Aufnahme und Verteilung der Ukraine-Flüchtlinge und zugleich einzigartig in der Geschichte der Europäischen Union.

In Deutschland haben wir die Ausgaben für die Verteidigung deutlich gesteigert. Auch das ist ein Preis der Freiheit.

Um die Freiheit direkt – das möchte ich noch einmal deutlich sagen – kämpfen jedoch derzeit die tapferen und mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer, die unsere Hilfe und Unterstützung unbedingt benötigen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Punkt: Wir stehen – und das haben die Kolleginnen und Kollegen auch gesagt – vor großen Herausforderungen in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen. Wir haben die massivste Flüchtlingswelle in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Es ist gut, dass sich der stellvertretende Ministerpräsident Joachim Stamp in diesem Bereich exzellent auskennt, mit allen Beteiligten im Austausch ist und versucht, die schwierige Situation zu koordinieren.

Das Engagement und die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, in ganz Deutschland, aber auch in Europa sind wirklich beeindruckend. Davor kann man nur den Hut ziehen.

Schulministerin Yvonne Gebauer hat gestern bereits das Verfahren in den Schulen klargestellt: Die Schulpflicht gilt für die Kinder und Jugendlichen nach der Aufnahme in den Kommunen. Sie sollen zunächst vorrangig in „Willkommensklassen“ die deutsche

Sprache erlernen, um dann möglichst bald am regulären Unterricht teilnehmen zu können.

Sechster Punkt – auch der wurde jetzt mehrfach angesprochen –: Wir müssen die Energiepolitik neu denken. Wir müssen jetzt so schnell und effektiv wie möglich die Abhängigkeit von russischem Gas reduzieren und die Versorgungssicherheit kurz- und mittelfristig sicherstellen. Wirtschaftsminister Professor Andreas Pinkwart hat hierzu Vorschläge gemacht, denen wir uns sehr gerne anschließen.

Wir haben als NRW-Koalition immer den Dreiklang aus Klimaschutz, Versorgungssicherheit und verträglichen Energiepreisen betont. Die langfristige Lösung liegt in den erneuerbaren Energien. Da ist Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter in Deutschland unter 16 Bundesländern geworden. Aber trotzdem brauchen wir mehr Tempo bei der Realisierung all dieser Anlagen.

Allerdings benötigen wir aufgrund der veränderten Lage eine neue, eine andere Übergangslösung. Die Zeit von Denkverboten und Tabus in diesem Bereich hat es lange gegeben, aber die ist jetzt vorbei. Vielleicht bedarf es auch einer Änderung des Kohleausstiegsgesetzes auf Bundesebene. Es ist in erster Linie eine Aufgabe von Bundeswirtschaftsminister Habeck, genau das zu beurteilen. Wir alle wissen: Intensive Gespräche dazu auch mit der Industrie laufen aktuell.

Von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hieß es:

„Da muss der Pragmatismus jede politische Festlegung schlagen. Die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein [...]“

Das sagte er am Mittwoch, den 02.03., in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. Nachfrage: Also hat Versorgungssicherheit Vorrang vor Klimaschutz? – „Im Zweifel ist das so“, sagte der Kollege Habeck im Deutschlandfunk.

Verena Schäffer hat gerade als Vorsitzende der Grünenfraktion Wünsche an die Landesregierung formuliert. Ich hätte mir eine klare Positionierung der Grünen hier in Nordrhein-Westfalen gewünscht, wie sie genau zu dieser Aussage des Kollegen Habeck stehen; dazu habe ich gerade nichts gehört.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Habeck stellt sicherlich nicht den Kohleausstieg infrage, im Gegenteil. Den stellt keiner von uns infrage. Aber eine Verlängerung der Laufzeit von einzelnen Kohlekraftwerken um wenige Jahre steht aktuell sicherlich im Fokus der Diskussion.

Die NRW-Koalition wird weiterhin an den beschlossenen Klimazielen festhalten und das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahre 2045 hier bei uns in Nordrhein-Westfalen realisieren. Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum modernsten und klima-

freundlichsten Industriestandort in Europa machen, und das schaffen wir auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Darüber hinaus stellen sich die Menschen auch hier in Nordrhein-Westfalen viele Fragen: Kriegen wir die durch die Energiekrise fast explodierende Inflationsrate in den Griff? Können wir eine daraus resultierende Preisspirale verhindern? Was ist mit Nahrungsmittelsicherheit?

Es geht ja nicht nur um Energiesicherheit oder Versorgungssicherheit, es geht auch um Nahrungsmittelsicherheit. Auch da besteht eine Abhängigkeit in Europa und in Deutschland. Wahrscheinlich müssen wir darüber diskutieren, wie wir die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft fairer gestalten.

Wir haben in der Industrie – das haben uns erst gestern noch viele Fachleute aus der Industrie und von den IHK geschildert – eine Lieferkettenproblematik, die über viele Länder geht und die zu Engpässen hier bei uns in der Versorgung und dann auch in der Produktion führen kann.

Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich: Wie können wir endlich Planungs- und Genehmigungsverfahren noch mehr beschleunigen? Um einen ganz einfachen Solarpark – so wurde es uns gestern Nachmittag geschildert – zu genehmigen, braucht es vier bis fünf Jahre. Das dauert zu lange. So werden wir unsere Ziele nicht erreichen. Was die gesamten Planungs- und Genehmigungsverfahren betrifft, muss der Bund jetzt die entsprechenden Gesetze ändern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Übrigens: Das gilt nicht nur für erneuerbare Energien, sondern das gilt auch für die gesamte Verkehrsinfrastruktur.

Wir müssen auch über das Arbeitsschutzgesetz nachdenken. Es gibt so unglaublich viel zu bauen: erneuerbare Energien, Infrastruktur, Verkehrsinfrastruktur, vieles mehr. Dann muss man in Einzelfällen oder auch darüber hinaus darüber nachdenken: Was ist mit der Arbeit nachts, und was ist mit der Arbeit am Sonntag? Beides muss wahrscheinlich mehr möglich werden.

Wir begrüßen die Ankündigung des Bundesfinanzministers Christian Lindner, in der mittelfristigen Finanzplanung 200 Milliarden Euro neu für den Aufbau einer Energieunabhängigkeit bereitzustellen. Das ist auch eine Investition in den klimafreundlichen Umbau des Landes, aber es geht – und das steht im Fokus – um die Energieunabhängigkeit. Da sind diese 200 Milliarden Euro auf Bundesebene sehr gut investiertes Geld.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind solidarisch mit der Ukraine und mit allen ukrainischen Staatsbürgern hier in Nordrhein-Westfalen. Wir werden unserer Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen nachkommen und die Kommunen dabei nach Kräften unterstützen. Wir werden besonnen auf die veränderte Lage reagieren.

Nordrhein-Westfalen ist schon jetzt Vorreiter beim Einsatz von erneuerbaren Energien, und wir werden auch diese Herausforderung angehen.

Gemeinsam – da hoffe ich auf alle demokratischen Fraktionen und Parteien hier in Nordrhein-Westfalen – werden wir die Werte der Demokratie verteidigen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt  
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Wagner.

**Markus Wagner<sup>3)</sup>** (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Generalkonsulin! „Krieg und Frieden“ ist das Thema, das uns derzeit alle bewegt. Uns bewegt das damit verbundene Leid der betroffenen Menschen, und uns sorgt, was aus diesem Konflikt für uns noch alles entstehen kann, wenn jetzt nicht vernünftig gehandelt wird.

Zuallererst geht es uns aber – denn sie sind ganz akut und konkret betroffen – um die Menschen in der Ukraine: um die ukrainischen und russischen Mütter, deren Söhne sich in eine bewaffnete Auseinandersetzung, in einen Krieg, hineingeworfen sehen, um die Frauen, Kinder und Alten, die nun auf der Flucht vor dem Krieg ihre Heimat – hoffentlich nur für kurze Zeit – zurücklassen müssen.

Es ist ein Krieg, den man wie so viele Kriege hätte verhindern können, ein Krieg, den Wladimir Putin niemals hätte anfangen dürfen, ein Krieg gegen das Völkerrecht und die territoriale Selbstbestimmung der Ukraine, ein Krieg, der sich nicht noch ausweiten darf.

Wir müssen daher drei wesentliche Punkte angehen. Für alle drei bedarf es eines mitfühlenden Herzens, der Empathie, der Diplomatie, aber auch eines kühlen strategischen Kopfes.

Wir müssen erstens das Leid der Menschen vor Ort und der Kriegsflüchtlinge lindern, zweitens dabei helfen, den Konflikt einzugrenzen und zu beenden, und drittens selbst endlich handlungsfähig werden – energiepolitisch, militärisch –, um daraufhin insgesamt souveräner zu werden.

Die Menschen in Europa halten zusammen und versuchen, das Leid durch Solidaritätsbekundungen,

Spenden, Hilfskonvois und persönlichen Einsatz zu lindern. Für all dieses private Engagement möchte ich allen Bürgern ganz herzlich danken.

(Beifall von der AfD)

Auch Teile meiner Fraktion sind deshalb ab Donnerstag auf dem Weg zur polnisch-ukrainischen Grenze, um zu helfen. Zu helfen ist nämlich der natürliche, der erste menschliche Impuls. Das gilt auch für die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge.

Für uns als AfD ist es eine humanitäre Selbstverständlichkeit, ja das Gebot der Stunde, Kinder, Frauen und Alte, die nun vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, temporär als Kriegsflüchtlinge aufzunehmen.

(Beifall von der AfD)

Dafür müssen aber auch die Bedingungen geschaffen werden. Einen Zustand wie 2015, als die Städte mit der Krisenorganisation überfordert waren, darf es nicht geben. Das führt dazu, dass die Flüchtlinge in Düsseldorf momentan in Messehallen untergebracht werden und in Arnsberg nach Apartments gesucht wird. Der Zustand ist noch ungeordnet und so weder unserem Land noch den Ukrainern gegenüber würdig.

Natürlich muss auch die europäische Richtlinie, die Nichtukrainern sicheres Geleit in ihre Heimatländer zusichert, vollzogen werden, so wie es bereits in Polen praktiziert wird, wo sich afrikanische Diplomaten um die sichere Rückreise ihrer Landsleute in ihre Heimat kümmern.

Es gibt noch keine vernünftige Koordination bei Bund und Ländern. Die Bundesregierung will sogar jeden ohne Pass hineinlassen, als hätte man nichts gelernt. Die Landesregierung muss dringend nachlegen, um die Kommunen vor Ort zu unterstützen. Hier erwarte ich mehr von Ihnen, Herr Wüst. Das Verfahren muss unbürokratisch, aber geordnet sein.

All das sind Verfahrensfragen. Grundsätzlich gilt: Die ukrainischen Frauen und Kinder können auf die Hilfe unserer ganzen Nation zählen – von den Grünen bis zur AfD.

(Beifall von der AfD)

Wie so etwas geht, zeigen momentan ganz besonders unsere polnischen Freunde. Die nationalkonservative Regierung dort schultert die Hauptlast meisterhaft. Noch vor zwei, drei Wochen sollte Polen aus der EU ausgegrenzt werden. Ich kann nur sagen: Danke, Polen.

(Beifall von der AfD)

Einige von Ihnen könnten sich vielleicht überlegen, ihr Bild von Polen endlich zu korrigieren. Etwas Selbstkritik kann da nicht schaden. Selbstkritik ist ganz sicher auch angebracht, wenn es um die



politische Genese und – in Kenntnis derer – die Auflösung des Konflikts sowie seine Folgen geht.

Unser Grundsatz dabei ist: Der Krieg muss begrenzt und beendet werden, und zwar so schnell wie möglich. Dabei hilft es nicht, die Lage durch aggressive Kriegsrhetorik noch zu verschärfen.

Dass der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz von einem NATO-Einsatz fabuliert, also von deutschen Truppen gegen Russland, ist völlig fahrlässig.

(Beifall von der AfD)

Herr Wüst, ich erwarte hier im Namen aller, die den Krieg nicht auch noch in unser Land tragen wollen: Distanzieren Sie sich unmissverständlich von diesen kriegstreibenden Äußerungen Ihres Chefs!

(Zuruf von der CDU: Dummes Zeug!)

Es ist ganz bestimmt nicht nur nicht hilfreich, sondern es ist menschlich schäbig, jetzt in ein pauschales Anti-Russen-Bashing zu verfallen. Nein, meine Damen und Herren, das russische Volk ist nicht unser Feind, auch nicht russische Opernsänger oder Russischer Zupfkuchen. Diese aggressive und – im Wortsinn – menschenfeindliche Haltung ist moralisch falsch, sie ist ethisch falsch, und sie ist auch nicht klug.

Die russische Führung, Putin, hat sich – und das ist gelinde ausgedrückt – in eine Sackgasse manövriert. Das Ganze ist nicht nur ein völkerrechtswidriger Angriff, ich sehe nicht einmal, was das Putin machtsstrategisch bringen soll. Im Gegenteil, er schwächt die Interessen seines eigenen Landes.

Allerdings lässt sich der Anteil des Westens an dieser Entwicklung nicht wegdiskutieren. Die Einbindung Russlands in die europäische Friedensordnung nach 1990 ist nicht geglückt. Die Gründe dafür liegen in Moskau genauso wie in Washington.

Schon um den Menschen in der Ukraine zu helfen, müssen wir den Russen jetzt – im doppelten Sinne des Wortes – heraushelfen, aus ihrer Lage und aus der Ukraine. Das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer muss dabei gewahrt werden, besser gesagt: es muss zur Geltung kommen.

Zum Ausgleich gehört es allerdings auch, russische Sicherheitsinteressen dort, wo sie angemessen sind, zu gewährleisten. Der Krieg Russlands hat die Lösung ganz sicher nicht einfacher gemacht, aber umso dringlicher.

Wenn wir als Deutsche und Europäer helfen wollen, eine nachhaltige und friedliche Lösung zu erreichen, dann müssen wir ernst genommen werden können. Das heißt, wir müssen endlich energieunabhängig und politisch-militärisch handlungsfähig werden.

Genau wie wir bezeichnet die internationale Presse die deutsche Energiepolitik, und zwar schon vor dem

Russland-Ukraine-Konflikt, als – Zitat – „die dümmste Energiepolitik der Welt“.

Sie von der CDU bis zu den Grünen haben uns in eine doppelte Abhängigkeit von Gas versetzt, nämlich beim Heizen und beim Strom. Sie schalten Braunkohle-, Steinkohle- und Kernkraftwerke ab, und das auch noch gleichzeitig. Das führte schon vor Putins Einmarsch zu den teuersten Strompreisen weltweit, und das führt nun dazu, dass sich die deutsche Politik lächerlich macht.

Außenministerin Annalena Baerbock sagt einerseits – Zitat –:

„Wir müssen dafür sorgen, dass Putin maximal isoliert wird“.

Gleichzeitig aber sagt sie – wieder ein Zitat –:

„Ein Drittel unserer Ölimporte kommt aus Russland. Wenn wir die jetzt sofort einstellen, dann werden wir uns in ein paar Tagen nicht mehr fortbewegen können“.

Auch ihr grüner Kollege Habeck will auf russisches Öl nicht verzichten. Er warnt vor – Zitat – ganz erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden „schwersten Ausmaßes“, welche das Durchhalten von allen Sanktionen gefährden.

Isolations- und Sanktionsrhetorik bei gleichzeitigem Eingeständnis der eigenen Abhängigkeit, also mangelnder Souveränität, ist keine ernst zu nehmende Position. Hier wird die kriegerische Rhetorik zum Ersatz für die eigene Handlungsunfähigkeit.

Strom-, Gas- und Benzinpreise sind schon ohne die Ukraine-Krise in astronomische Höhen geklettert. Das spürt der Bürger direkt im Portemonnaie und die Industrie an höheren, also arbeitsplatzfeindlichen Kosten.

Wir müssen jetzt kurzfristig für Entlastungen sorgen. Das heißt: Laufzeitverlängerung von Kraftwerken, Wiederinbetriebnahme von gerade erst abgeschalteten, sicheren Kernkraftwerken, Kohleförderung in den – noch nicht lange her – von Rot-Grün beschlossenen Abbaugrenzen von 2016. Und natürlich müssen die Steuern und Abgaben auf Benzin und Energie runter, also: sofortige Abschaffung der EEG-Umlage, die Energiesteuer halbieren und die CO<sub>2</sub>-Steuer ersatzlos streichen.

(Beifall von der AfD)

Zur Souveränität, also zur Handlungsfähigkeit, gehört natürlich auch eine echte Bundeswehr, eine funktionierende Bundeswehr. Unsere Bundeswehr wurde in beispielloser Verantwortungslosigkeit jahrzehntelang kaputtgespart und regelrecht vor die Wand gefahren. Die von Bundeskanzler Scholz versprochenen 100 Milliarden Euro sind ein guter Anfang, aber zu einer echten Handlungsfähigkeit gehört, dass

diese 100 Milliarden Euro solide und nicht auf Pump finanziert sind.

Ich komme zum Schluss. Wir müssen bei der Lösung des Konflikts daran denken, dass momentan vor allem China davon profitiert. Schon jetzt verstärkt Russland seine wirtschaftliche Partnerschaft mit China – auch um die Sanktionen auszugleichen.

Es kann nicht in unserem Interesse sein, Russland immer weiter in die Arme Chinas zu treiben. Ja, Putin ist auf einem gefährlichen Irrweg, aber unsere Pflicht für uns selbst und alle Beteiligten, vor allem den Ukrainern gegenüber ist es nicht, diese Irrsinnsspirale weiter anzuhetzen, sondern entschlossen Ruhe, Vernunft und Menschenverstand walten zu lassen, um so den Frieden gemeinsam wiederherzustellen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Stamp.

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Frau Generalkonsulin, liebe Iryna Shum! Verehrte Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Wir haben einen Zivilisationsbruch in Europa erlebt, wie wir ihn uns, glaube ich, alle nicht mehr haben vorstellen können – ich jedenfalls nicht.

Ich bin Jahrgang 1970 und war 19 Jahre alt, als der Eiserne Vorhang gefallen ist. Damals habe ich die Entwicklung in Bezug auf die Freiheitsbewegung und den Mauerfall intensiv verfolgt. Das gilt auch für die Leistungen damals. Im Übrigen, lieber Herr Generalkonsul, gehört die Solidarność in Polen, glaube ich, zur Geschichte dazu.

Jetzt erleben wir nicht nur im Fernsehen diese Bilder, die uns erschüttern, vielmehr haben viele von uns auch auf der persönlichen Ebene Kontakte zu Ukrainerinnen und Ukrainern. Wenn man mit Familien telefoniert, aus denen sich die eine Schwester mit einem kleinen Kind nach Polen hat retten können, und erfährt, dass die andere in einer kleineren Stadt in der Ukraine lebt, aus der sie nicht herauskommt, weil permanent bombardiert wird, dann sind das Dinge, die im Grunde genommen unsere Vorstellungskraft sprengen.

Es ist offensichtlich: Putin will mit den Bombardements der Zivilgesellschaft auch Menschen vertreiben. Es ist ein offensichtliches, perfides, grauenhaftes Ziel seiner Politik, mit der Vertreibung von Menschen Europa zu spalten und zu destabilisieren. Deswegen ist es unsere gemeinsame Aufgabe, dass wir diesem Diktator mit Aufnahmebereitschaft und vor allem mit Mitmenschlichkeit entgegentreten und dass wir alles dafür tun, uns nicht spalten zu lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt  
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie viele Menschen fliehen müssen, wissen wir heute noch nicht genau. Nur eines ist sicher: Es werden viele werden. Viele haben zum Teil schon Aufnahme in den osteuropäischen Ländern gefunden, aber sie orientieren sich auch weiter und wollen in andere Länder.

Ich will ausdrücklich sagen, dass dies keine Situation wie 2015 ist; denn dieses Mal steht Europa geschlossen und will sich gemeinsam der Herausforderung stellen.

Auch wir in Nordrhein-Westfalen leisten unseren Beitrag und werden alles ermöglichen, um den Menschen aus der Ukraine zu helfen. Die Welle der Hilfsbereitschaft ist überragend und auch in unserem Land sehr groß. Diese Hilfe werden wir brauchen, um aus der Mammutaufgabe, die vor uns liegt, eine Chance zu machen – für die Flüchtlinge, aber auch für unser Land, für die Art und Weise, wie wir zusammenleben, für Europa.

Seit dem Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ist ein stetig anwachsender Zustrom von Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen – mit einer klar steigenden Tendenz. Auch wir werden an unsere Belastungsgrenze herangeführt werden.

Deswegen habe ich mit Kriegsbeginn sofort Maßnahmen in die Wege geleitet. Von Anfang an steht mein Ministerium in engem Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Bezirksregierungen, um den hier kurzfristig ankommenden Menschen Schutz zu bieten und ein möglichst geordnetes Aufnahmeverfahren in Nordrhein-Westfalen zu organisieren.

Ich habe einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse „Flucht Ukraine“ eingerichtet. Dieser SAE, dieser Stab, wird sämtliche notwendigen Anstrengungen auf Landesebene koordinieren und planen.

Wir haben bereits mehrere Landeseinrichtungen durch Umverteilung in andere Landeseinrichtungen leergezogen und ausschließlich für die ukrainischen Flüchtlinge reserviert. Dies sind die Zentralen Unterbringungseinrichtungen Bonn, Soest, Herford, Neuss, Wegberg, Dorsten und Viersen – insgesamt ca. 4.700 Plätze, von denen aktuell bereits ca. 1.000 Plätze mit Ukrainerinnen und Ukrainern belegt sind.

Ich hatte heute Morgen die Gelegenheit, die Zentrale Unterbringungseinrichtung in Wegberg zu besuchen. Was dort innerhalb kürzester Zeit wieder von unseren Hilfsorganisationen, aber auch von den örtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Bezirksregierung geleistet worden ist, ist einen großen Dank dieses Parlaments wert.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Wir haben die belegbaren Kapazitäten in den Landeseinrichtungen insgesamt stark erhöht. Stand gestern verfügen wir über eine aktive Kapazität von 22.000 Plätzen. Aus baulichen oder brandschutzrechtlichen Gründen sind davon 20.000 belegbar. Etwa 14.000 sind belegt. Freie Plätze Stand gestern: insgesamt 6.300.

Herr Kollege Kutschaty und Frau Schäffer – ich glaube, Sie hatten es auch angesprochen –, es ist selbstverständlich, dass es nicht dabei bleibt. Vielmehr sind wir wie auch alle Städte und Gemeinden in unserem Land dabei – das tun wir bereits seit Tagen –, massiv weitere Unterbringungsplätze zu schaffen.

Wir werden alles, was möglich ist, in Bewegung setzen – in der Hoffnung, dass wir es nicht in Anspruch nehmen müssen. Wir bereiten uns aber für den Worst Case vor, damit wir nicht in eine Situation kommen, in der es möglicherweise durch die Entwicklung des Krieges dazu kommt, dass Menschen ohne Obdach dastehen. Es ist unsere Verantwortung, dass wir die Menschen hier geordnet aufnehmen.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die Flüchtenden aus der Ukraine im Gegensatz zu Asylsuchenden keiner Wohnverpflichtung in den Landeseinrichtungen unterliegen. Die Inanspruchnahme dieser Form der Unterbringung ist freiwillig.

Selbst eine Unterkunft zu finden, zum Beispiel bei Freunden oder Verwandten, ist nicht nur möglich, sondern ausdrücklich erwünscht. Wir bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, die ihre Türen für die Geflüchteten geöffnet haben.

(Beifall von allen Fraktionen)

Der Rat der Europäischen Union hat am 4. März erstmals in seiner Geschichte den vorübergehenden Schutzmechanismus ausgelöst. Die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie – das ist kein schönes Wort – ermöglicht es, den ankommenden Menschen innerhalb kürzester Zeit einen vorübergehenden Schutzstatus in der Europäischen Union zu gewähren. Man hat dies aus der Erfahrung des Jugoslawienkrieges heraus eingerichtet, bisher aber leider nie in Anspruch genommen.

Dieser Beschluss ist jetzt getroffen worden. Der vorübergehende Schutz für die Menschen aus der Ukraine dauert zunächst ein Jahr, ist aber auf bis zu drei Jahre verlängerbar. Die Flüchtlinge bekommen sofort eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz.

Nach derzeitigem Stand sind sie aufgrund der Visumsregelung aber bereits legal in Deutschland. Deswegen gibt es auch nicht den unmittelbaren Zwang zur Registrierung; dazu sage ich gleich noch etwas.

Wenn dieser Schritt umgesetzt wird, gibt es nach § 24 Aufenthaltsgesetz eine Beschäftigungserlaubnis, mit der man sofort einer Arbeit nachgehen kann.

Sofern man weder durch Arbeit noch durch Vermögen seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, erhält man – das ist momentan in der finalen Klärung mit dem Bund – voraussichtlich nach § 1 Abs. 1 Ziffer 3 a) des Asylbewerberleistungsgesetzes Sozialleistungen inklusive notwendiger Leistungen bei Krankheit.

Dies umfasst insbesondere auch besondere Hilfen, wie sie beispielsweise bei unbegleiteten Minderjährigen oder Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, notwendig sind.

Wichtig: Langwierige Asylverfahren werden damit überflüssig. Selbstverständlich können auch Menschen aus der Ukraine weiterhin Asyl beantragen. Einen wesentlichen Vorteil bringt das zu diesem Zeitpunkt in diesem Verfahren jedoch nicht. Es ist zurzeit sogar ausdrücklich davon abzuraten.

Derzeit laufen intensive Absprachen der Bundes- und der Länderebene zur Umsetzung des EU-Beschlusses in Deutschland. Alle Einigungen über das Prozedere werden in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden unverzüglich an die Ausländerbehörden in unserem Land weitergegeben.

Bis eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz möglich ist, gibt es über eine Ministerverordnung des BMI eine unbürokratische Zwischenlösung für einen legalen Aufenthalt; ich hatte es eben angedeutet. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erfolgen hiernach ab Bekanntwerden der Bedürftigkeit, also grundsätzlich ab Vorsprache bei der zuständigen Leistungsbehörde.

In der Landeserstaufnahme in Bochum ankommende ukrainische Flüchtlinge aus anderen Bundesländern oder aus Kommunen ohne Aufnahmekapazität werden dort als schutzsuchend registriert. Geflüchtete, die direkt in einer Kommune Unterkunft gefunden haben, registrieren sich vor Ort bei der Ausländerbehörde oder dem Sozialamt. Ein Vorsprechen bei der LEA ist in diesem Fall weder notwendig noch sinnvoll.

Weil das eben etwas kritisch angesprochen worden ist, möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen: Es geht uns einfach darum, dass die Menschen dort, wo sie angekommen sind, zunächst einmal zur Ruhe kommen können und wir sie nicht zwangsläufig noch einmal durch das Nadelöhr der LEA in Bochum schicken.

Die in der LEA Vorsprechenden, also diejenigen, die darauf angewiesen sind, dort vorzusprechen, werden nur temporär in den Landeseinrichtungen untergebracht und schnellstmöglich auf die Kommunen verteilt, wo wir zeitnah den Schulbesuch der Kinder

und die Arbeitsaufnahme ermöglichen wollen. Zudem sollen den Vertriebenen dort die Integrationskurse offenstehen.

Es erweist sich an dieser Stelle als ein echtes Pfund, dass wir in Nordrhein-Westfalen über eine starke Integrationsinfrastruktur verfügen, die wir gemeinsam über die Fraktionsgrenzen hinweg entwickelt haben.

Ganz wichtig ist auch das flächendeckende System der Kommunalen Integrationszentren. Ich bin froh, dass wir dies im Teilhabe- und Integrationsgesetz, das wir zum 01.01. gemeinsam beschlossen haben, gesetzlich verankert haben, sodass die Unterstützung derjenigen, die sich aus den Communitys heraus kümmern, also ukrainische Migrantenselbstorganisationen, abgesichert ist und diese in die Arbeit mit den Geflüchteten aus der Ukraine eingebunden werden können.

(Beifall von Thomas Nüchel [FDP])

Wir haben vor Ort eine sehr, sehr engmaschige Betreuung und beziehen die Communitys aktiv ein.

Wir sind im engen Austausch, um den Kommunen Zuweisungen mit ausreichender Vorlaufzeit anzukündigen. Ich will aber ausdrücklich sagen – und auch das wurde in der Debatte schon angesprochen –: Wir werden dennoch in den nächsten Tagen sicherlich noch improvisieren müssen.

Ich habe beispielsweise von uns aus – übrigens noch bevor der Bund uns aufgefordert hat; das Land Berlin hatte in der Staatskanzlei angerufen, um zu fragen, wie die Situation grundsätzlich bei uns aussieht – dann nach Rücksprache mit dem CdS sofort zugesagt, dass wir selbstverständlich zur Entlastung des Landes Berlin mehrere Hundert oder auch etwas über 1.000 Menschen aufnehmen.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Das war verabredet, aber die Situation war dann die – ich habe mir das heute Morgen noch einmal schildern lassen –: Hilfsorganisationen sowie Ärztinnen und Ärzte, alle waren vor Ort, aber die Busse kamen nicht. Das ist in dieser Situation schwierig. Eines aber finde ich besonders bemerkenswert. Die Hilfsorganisationen haben nicht geklagt, sondern gesagt: Wir wissen, dass dies der Situation und dem Chaos rings um den Bahnhof in Berlin geschuldet ist. Wir wissen, dass zum Beispiel in Polen und in anderen osteuropäischen Ländern noch viel mehr geleistet wird.

Natürlich hoffen wir alle, dass das System so schnell wie möglich so funktioniert, dass alles geordnet läuft. Es gibt auch viele Privatpersonen, die aus gut gemeinten Gründen sagen: Kommt, ich nehme euch schon mal mit. – Dann gibt es Sprachprobleme, und sie landen teilweise woanders.

Heute Morgen wurde mir geschildert, dass jemand nicht nach Nordrhein-Westfalen, sondern zu einer Familie nach Stuttgart wollte. Dann muss das ent-

sprechend umorganisiert werden. Diese Dinge werden in den nächsten Tagen noch passieren. Das lässt sich gar nicht vermeiden. Wir sind mit unserem Stab dabei, die Sachen so zu strukturieren, dass wir alle Dinge in die entsprechende Ordnung bekommen.

Denjenigen, die sich hier engagieren, die improvisieren und die helfen, gilt mein ganz persönlicher herzlicher Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt  
Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der  
AfD)

Das Thema „unbegleitete Minderjährige“ ist zu Recht angesprochen worden. Hier werden wir die Regelung fortsetzen, dass sie vom Jugendamt vorläufig in Obhut genommen werden. Dabei wird darauf geachtet, bereits gebildete Fluchtgemeinschaften nicht auseinanderzureißen.

Heute Morgen ist mir geschildert worden, welche Angst bei der Registrierung besteht, voneinander getrennt zu werden, und dass Mitglieder von Familienverbänden nicht einzeln in das Zelt kommen wollen. Auch auf diese traumatische Situation müssen wir mit großer Sensibilität reagieren. Wir werden hier die besonderen Bedarfe der unbegleiteten Minderjährigen berücksichtigen und gebildete Fluchtgemeinschaften dabei trotzdem nicht auseinanderreißen.

Kinder so schnell wie möglich wieder Kinder sein zu lassen, ist unser gemeinsames Ziel. Frau Schäffer hat es angesprochen, ich habe es mehrfach gesagt, und auch Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen. Wir versuchen das.

Ich darf an der Stelle von einer sehr schönen Begegnung berichten. Wir haben aus der Nähe von Charkiw ein ganzes Kinderheim evakuiert. Die Kinder sind in einer Jugendherberge in Wuppertal untergebracht. Da konnte ich gestern erleben, dass Kinder wieder Kinder sein können. Das war einer der schönsten und bewegendsten Momente der letzten Tage. Dort habe ich gesehen, dass Kinder wieder gelacht, getanzt und gespielt haben. Auch hier sind wir uns der Sensibilität bewusst. Überall dort, wo wir Kinder vor Bombenterror retten können, werden wir dies tun.

Für die Aufnahme und Unterbringung sowie für die Versorgung von Flüchtlingen stellt das Land Nordrhein-Westfalen den Gemeinden nach den Regelungen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes monatlich für jede Person eine Kostenpauschale zur Verfügung. Im vorliegenden Fall findet insbesondere § 4b des FlüAG Anwendung, wonach den Gemeinden zusätzliche Finanzmittel für Krankheitskosten im Einzelfall zur Verfügung gestellt werden, sofern die Kosten für Behandlungen im Kalenderjahr die Summe von 35.000 Euro je Flüchtling überschreiten.

Über alles Weitere findet ein intensiver Austausch mit dem Bund und den Kommunen statt. Dies wird auch Tagesordnungspunkt der nächsten Beratung der Bundesregierung mit den Ländern sein. Da werden wir uns über weitere finanzielle Dinge verständigen.

Auf der Webseite meines Hauses, des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, werden kontinuierlich FAQs für ukrainische Flüchtlinge veröffentlicht. Ergänzend wurde am 8. März eine telefonische Hotline unter der Nummer 0211 837-4041 für sie freigeschaltet. Hier gibt es Auskunft zum Aufnahme- und Unterbringungsverfahren sowie zur Registrierung für Flüchtende, aber auch für Hilfwillige.

Meine Damen und Herren, ich habe es vorhin schon gesagt: Wir sind in einer anderen Situation als 2015, einmal wegen der weltweiten Solidarität, die wir erleben, aber auch weil Deutschland in diesem Fall nicht unbedingt das Zielland Nummer eins ist. Wir haben ganz viele unterschiedliche ukrainische Communitys auf der Welt. Wir erleben jetzt schon, dass wir für viele auch Transitland sind.

Ich will sagen: Dennoch ist die Aufgabe, die vor uns liegt, riesig. Doch wir werden sie gemeinsam meistern. Das, was wir zu meistern haben, ist nichts im Vergleich zu dem, was die Menschen in der Ukraine leisten müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Josefine Paul [GRÜNE])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Der Minister hat die Redezeit um fünf Minuten überzogen. Gibt es den Wunsch der Fraktionen, die verbleibende Redezeit zu nutzen? – Das ist nicht der Fall.

Dann danke ich Ihnen allen für die Teilnahme an dieser Plenarsitzung und schliesse die Aussprache.

Ich wünsche der Generalkonsulin im Namen von uns allen weiterhin viel Kraft, Stärke, Durchhaltevermögen und den hoffnungsvollen Mut, dass es friedlich wird.

(Beifall von allen Fraktionen)

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 12:53 Uhr**

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.